

Im Zwiespalt - und nun?

GESELLSCHAFT Demokratiekonferenz im Bad Kösemer Konrad-Martin-Haus macht die Herausforderungen und Gefahren der Pandemie zum Thema.

**VON CONSTANZE MATTHES
UND MARTIN WALTER**

BAD KÖSEN - Mit Worten der Grünen-Politikerin Renate Künast begrüßte Michael de Boor die Teilnehmer der Demokratiekonferenz im Konrad-Martin Haus Bad Kösen. „Die Demokratie entscheidet sich im Netz“, zitierte der Geschäftsführer der Heimvolkshochschule die einstige Bundesministerin. „Obwohl ich im Analogen großgeworden bin, ist das für mich ein wichtiger Satz. Wir kommen heute allerdings ganz analog zusammen. Die Konferenz soll eine Einladung zum Austausch sein, Möglichkeiten für neues Wissen und neue Projektideen bieten.“ Zwei Jahre liegen zwischen der Konferenz 2019 und der jüngsten Ausgabe. Corona und die gesellschaftlichen Schattenseiten der Pandemie veranlassten der im Konrad-Martin-Haus ansässigen lokalen Fachstelle für das Programm „Demokratie leben!“ das Treffen unter das Motto „Zwiespalt - zwischen Meinungsfreiheit und Staatsdistanzierung“ zu stellen. Der Einladung waren Vertreter aus kommunalpolitischen Gremien, von Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie freien Trägern gefolgt

Als prominenten Gast begrüßte Projektkoordinatorin Friderike Harder die Autorin Ines Geipel, die tags zuvor in der Naumburger Stadtbibliothek aus ihrem Buch „Generation Mauer“ gelesen hatte. Die einstige Leistungssportlerin und heutige Professorin an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ spannte den Bogen vom aktuellen Krieg in der Ukraine über zwei deutsche, aufeinanderfolgende Diktaturen mit Trauma-Erfahrungen mehrerer Generationen und deren Schweigen bis hin zu Mauerfall und Wendezeit mit ihren Folgen. „Die Demokratie entscheidet sich auch in der Realität, da es ein dynamisches System zwischen Netz und Realität gibt“, bemerkte Ines Geipel und betonte zugleich: „Das Schweigen in belasteten Familien ist mehrfach ummantelt.“ Zu

einem weiteren Beitrag wurde mit Hilfe einer digitalen Tafel Christoph Richter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena, in die Runde zugeschaltet.

Er präsentierte eine Studie mehrerer deutscher Universitäten, die den Zusammenhang zwischen hohen Infektionszahlen in der ersten und vor allem zweiten Coronawelle und den Wahlergebnissen der rechtspopulistischen bis rechtsextremen AfD aufzeigt. Dafür wurden Daten aus allen deutschen Landkreisen ausgewertet. „Je mehr AfD, desto mehr Corona“, lautete seine provokante These, die jedoch durch die wissenschaftlichen Daten untermauert wurde. Auffällig war dies vor allem in Sachsen, Thüringen und dem südlichen Sachsen-Anhalt, also auch dem Burgenlandkreis. Allesamt Regionen mit hohen

AfD-Wahlergebnissen. Auch die Ergebnisse der weiteren fünf im Bundestag vertretenen Parteien wurden dabei untersucht; ein Zusammenhang mit den Infektionszahlen zeigte sich jedoch ausschließlich bei der AfD. Den Hauptgrund dafür sieht die Studie in der Bereitschaft, die Corona-Maßnahmen zu befolgen. „Das Vertrauen in die Maßnahmen hängt von dem Verhältnis zu Politik, Wissenschaft und Medien ab“, sagte Richter. Und dieses Vertrauen sei bei den meisten AfD-Wählern geringer ausgeprägt als bei den Wählern anderer Parteien.

Neben den Wahlergebnissen und dem Infektionsgeschehen wurden auch weitere Faktoren wie die soziale und wirtschaftliche Struktur, die Arbeitslosen- und Schulabbrecherquote sowie der Ausländeranteil und die Mobilität untersucht. Zwar spielen

auch sie bei der Wahl der Parteien eine Rolle, doch „die politischen Faktoren haben den größten Einfluss aller untersuchten Faktoren“, so Richter. „Das ist aber kein ausschließlicher Ost-Effekt.“ Auch in westlichen Landkreisen ließ sich dieser Zusammenhang feststellen. Dass sich bei der jetzigen Omikronwelle keine Verbindung mehr zeigt, begründete er indes damit, „dass die Variante so ansteckend ist, dass die Maßnahmen nicht mehr eine so große Rolle spielen“.

Beide Beiträge waren begleitet von Diskussionen der Teilnehmer, die über die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie sowie über Möglichkeiten, wie ein Miteinander und die Kommunikation zwischen den Menschen gestärkt werden und besser gelingen könnte, sprachen. Kritisiert wurden die finanziellen Kürzungen in der Schulsozialarbeit, gewünscht wurden mehr niedrigschwellige Angebote sowie Räume als Treffpunkte in den Orten.

Drei Workshops folgten: „Ist der Osten wirklich abgehängt?“, moderiert von der Systemischen Beraterin Beate Jaquet sowie „Aktive Zivilgesellschaft - Ideen zur Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie“ mit der Projektkoordinatorin Friderike Harder. Das meist besuchte Seminar leitete Benjamin Winkler, Soziologe und Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung. Unter dem Titel „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! - antidemokratische Meinungsäußerungen im (Berufs)Alltag“ beschäftigten sich die Teilnehmer in einem theoretischen Teil mit wissenschaftlichen Ansätzen, Ungleichwertsvorstellungen, den verschiedenen Formen von Diskriminierung sowie Verschwörungsideologien.

In einem praktischen Teil übten sich die Teilnehmer schließlich in Strategien im Gespräch mit Personen, die antidemokratische Meinungen äußern. Winkler riet: „Es ist wichtig, sich mit seiner Strategie wohlfühlen, authentisch und souverän zu sein.“



Vertreter aus den verschiedensten Bereichen kamen im Bad Kösemer Konrad-Martin-Haus zur Demokratie-Konferenz zusammen. Autorin Ines Geipel (l.) ist hier im Gespräch mit Projektkoordinatorin Friderike Harder (M.) und Gisela Winkler, Mitarbeiterin der Heimvolkshochschule.

FOTOS (2): TORSTEN BIEL